Uni

ROTE KOMMENTARE

SDS-Heidelberg

14.7.69

Die Wahl zum StP ist kein Leichenbegängnis

Mit dem Einzug der Linken ins Parlament hörte dieses nicht auf, Organ der Studentenschaft zu sein. Nur änderte sich die Qualität der Interessenvertretung. In der "Satzung der Studentenschaft" aus dem Jahre 1954 hieß es noch:

§ 4

Jeder Student hat das Recht, sich mit Wünschen und Beschwerden an die Organe der Studentenschaft zu wenden.
Die Organe der Studentenschaft sind verpflichtet, sich mit allen Wünschen und Beschwerden zu befassen.

Seitdem wurden die Interessen der Studenten nicht schlicht in dem Sinne"organisiert" vertreten, daß StP und AStA, die sie vertreten, Organisationen sind. Vielmehr derart, daß sie als Institutionen der Organisierung der Studenten dienen, die so ihre Interessen organisiert vertreten. Aus den "Wünschen" von Individuen wurde nach und nach der Wille politischer Studenten, statt "Beschwerden" an fiktive Adressaten zu entsenden, den Kampf aufzunehmen.

Dabei hatten AStA und StP zunächst 2 zentrale Aufgaben:
Solange es eine Studentenbewegung nicht gab, solange die "Belange der Studentenschaft" im Sinne der Herrschenden abgewickelt wurden, konnte sich gewohnheitsrechtlich eine privilegierte Stellung der Organe der Studentenschaft entwickeln. In einige universitäre Gremien wurden vom StP Vertreter entsandt. AStA-Vorsitzender und Parlamentspräsident wurden zu "anzuhörenden" ordentlichen Senatsmitgliedern. Wie sie sich damit zufrieden gaben, angehört zu werden, so ließen sie es dabei bewenden, über wichtige Informationen, zu denen sie dort Zugang hatten, sich ein paar private Gedanken zu machen. Wenn aus solchen Versammlungen überhaupt Informationen herauskamen, so gemäß Satzung:

§ 10

Zur Erörterung studentischer Angelegenheiten sowie zur Unterrichtung der Studentenschaft kann eine allgemeine Studentenversammlung einberufen werden. Vor der Einberufung ist der Rektor zu benachrichtigen und in der Versammlung ist ihm auf Wunsch das Wort zu erteilen.

Also Informationen bestenfalls von den Herrschenden, nicht über sie, nicht zwecks Aufklärung, sondern zur Unterrichtung.
Diese Position mußten linke ASten nutzen, systematisch Informationen zu verbreiten, die vorliegenden Konflikte nicht einfach zu benennen, sondern aufzugreifen. Ihre Aufgaben waren also 1. permanente Information und Analyse, 2. ihre zentrale Position zur Verallgemeinerung von Interessenkonflikten auszunutzen.

Von daher erklärt sich auch, daß die ersten go-ins nicht in Vorlesungen reaktionärer Ordinarien gemacht wurden, sondern z.B. zur vorläufigen Grundordnungskommission. Jedoch auch daher, daß z. Z. erster linker StP-Mehrheiten die herrschende Parole der Studentenbewegung noch lautete: "Demokratisierung der Hochschule". So wollten wir bei der vorläufigen GOK nicht mehr, als die Forderung nach Öffentlichkeit aller Gremien vortragen, in der abstrakten Hoffnung, sie demokratisieren zu können. Diese Anstrengungen, die sich auch noch in "positiven"Papieren niederschlugen, aktualisierten sich im Kampf gegen das Hochschulgesetz.
In diesem Kampf machten die linken Studenten dann die Erfahrungen mit dem "parlamentarischen Weg", die klar werden ließen: das Hochschulgesetz verhindert nicht Reformen, weil es Demokratisierung ausschließt; vielmehr ist die Universität den Interessen des Kapitals dienstbar, und von daher ist Disziplinierung in ihrem Sinne Reform.

Genaumit dieser Einsicht begannen linke Studenten, auch über den SDS hinaus, sich als sozialistische zu verstehen. AStA und StP erhielten organisatorische Funktion im allgemeinpolitischen, auf der Straße sich abspielenden Kampf.

STUTTGARTER TASCHENSPIELEREI

Das Heuchlerische der Rechtfertigung der Auflösung der Studentenschaften damit, sie seien durch die neuen Repräsentationsformen der GO-Gremien überflüssig geworden, wird in den Mitteilungen aus Stuttgart vom Samstag gänzlich offenbar :
Die ASten sollen "nicht ersatzlos" gestrichen werden, es müssen sich also zumindest die GO-Gremien konstituiert haben. So kann die Auflösung des AStA getrost durch ein eigenes Gesetz nach der Sommerpause des Landtags geregelt werden. Weil aber in Wirklichkeit nicht ein funktionslos gewordener AStA abgeschafft werden soll, sondern die linken ASten an der Wahrnehmung der Funktionen gehindert werden sollen die sie tatsächlich ausfüllen, wird in der Novelle zwar der AStA noch nicht abgeschafft, wohl aber die Studentenschaft und mit ihr die Gelder, die den AStA arbeitsfähig erhalten.
Die Aufgaben des 31. StP
In dieser Situation ist der Aufruf zum Beispiel des "Hochschulpolitischen Kollektivs", "jetzt erst recht" durch hohe Wahlbeteiligung zu demonstrieren, daß die Studentenschaft etwas gegen ihre Auflösung hat, bestenfalls mittelbar richtig.
Die Demonstration des puren Willens zur Existenz ist genau dann belanglos, wenn ein jetzt gewähltes StP nicht die Fortführung der bisherigen politischen Arbeit unter veränderten Bedingungen organisatorisch sichert. Es muss sicherstellen, daß der AStA durch eine zentrale Organisation ersetzt wird, die zumindest soweit finanziell gesichert ist, daß die sehr wichtige publizistische Arbeit fortgeführt werden kann.
Das 31.StP wird die Aufgabe haben, die GO-Gremien zu kontrollieren, in denen nach dem Willen ihrer Schöpfer "Zusammenarbeit auf Vertrauensbasis" neu hergestellt werden soll. D.h. auch, daß die Mitglieder des Parlaments jetzt in den einzelen Instituten dafür sorgen müssen, daß die banalsten Interessen der Studenten bezüglich eines sinnvollen Studiums und einer sinnvollen politischen Arbeit im Studium gegenüber den GO-Gremien von starken Institusgruppen vertreten werden.

Der Bußstreik

Am Freitag hat eine Vollversammlung der juristischen Fakultät beschlossen, den Streik auszusetzen. Der Verlauf dieser Vollversammlung war bislang ohne Vergleich: Nachdem 2 Resolutionen vorgetragen worden waren, von denen eine für die Fortsetzung des Streiks, die andere sich dagegen aussprach, wurde, obwohl die an der Tafel geführte Rednerliste etwa 10 Namen aufwies, mit starker Mehrheit das Ende der Debatte ohne daß diese begonnen hätte und die sofortige Abstimmung beschlossen. Dieselbe Mehrheit beschloß die Aussetzung des Streiks.
Die juristische VV war der zur vollen Konsequenz getriebene Ausdruck einer Tendenz, die auch bei anderen Vollversammlungen in der letzten Woche zu beobachten war: die Naturwissenschaftler gestatteten sich 1 Stunde Diskussion, bevor sie den Streik beendeten; die Mediziner hatten gleich zu Beginn die Abstimmung auf 23 h festgesetzt. Wenn eine Diskussion über anstehende Entscheidungen überhaupt verhindert oder ihr Ende durch Kriterien, die den Inhalten der Diskussion völlig fremd sind - z.B. durch das Bier, das man noch trinken kann, wenn um 23 h Schluss ist - bestimmt wird, dann heißt das, daß diejenigen, die sich einer Mehrheit für den Streikabbruch sicher waren, die Gründe für ihre Entscheidung nicht mit genügender Schlüssigkeit öffentlich ausweisen konnten oder dies gar nicht wollten. Die Mehrheiten auf diesen VVs haben eine momentane Machtposition ausgenutzt,um eine Entscheidung von momentaner Bedeutung zu treffen. Wäre es ihnen darum gegangen, ihre Position zu festigen und auf Dauer zu stellen, hätten sie versuchen müssen, dem Abbruch des Streiks eine sinnvolle Stelle innerhalb einer eigenen hochschulpolitischen Perspektive zuzuweisen, um dadurch diejenigen Studenten, die in ihrer Entscheidung unentschlossen waren, zu gewinnen.

Daß dieser Versuch unterblieb, ist nur im Zusammenhang der Interpretation der widersprüchlichen Entscheidungen über den Streik zu erklären. Dafür. daß die genannten VVs jetzt den Streik abgebrochen haben, obwohl die Urabstimmung und die Universitätsvollversammlung am letzten Dienstag klare, den Streik bestärkende Voten ergeben hatten, sind vor allem folgende Erklärungen gebracht worden:

1. Der aktive Streik sei ein Mißerfolg gewesen.
2. Die von seiten der Universität geschürte Furcht vor dem Verlust des Semesters durch Scheinentzug etc. habe eine Partei der Angst geschaffen, die ihre Ängste nur in raschen Abstimmungen artikulieren, um sich schnell in den normalen Betrieb zu retten
3. Während des Streiks sei die Aufklärung über die Streikziele vernachlässigt worden; seine mangelnde Wirksamkeit hinsichtlich der Verhinderung von Ordnungsrecht etc. sei als Zwecklosigkeit mißverstanden worden und habe zu Resignation geführt.

Die erste Erklärung unterliegt einem systematischen Fehler insofern sie übersieht, daß eine Einschätzung des aktiven Streiks als Mißerfolg nur von einer Position aus gegeben werden kannn, die die Wirklichkeit des aktiven Streiks in Heidelberg von links kritisiert, die also bemängelt, daß die inhaltliche Bestimmung und organisatorische Realisierung des Widerstands nicht entschlossen und weit genug vorangetrieben sei. Offenkundig kann dies aber kein Motiv für den Abbruch des Streiks, sondern nur für seine verstärkte Fortführung sein. Die beiden anderen Erklärungen gehen davon aus, daß es sich bei den VVs der Fakultäten, die sich zuerst für, dann gegen den Streik ausgesprochen haben, um identische Versammlungen gehandelt habe und eine Gruppe von Studenten dann durch den Druck der Herrschenden oder die Fehler der Streikenden selbst erst zu Streikgegenern geworden seien. Damit sind sehr wichtige Hinweise gegeben; sie vermögen aber die vorhandene Gegnerschaft zum Streik nur partiell zu erklären und stehen in der Gefahr, alle Studenten schon weil sie Studenten sind für potentiell Streikende, mithin für linke Studenten zu halten.

Wenn wir selbst diesen Streik als eine Phase innerhalb eines sozialen Kampfes begreifen können wir nicht gleichzeitig die Augen vor den gesellschaftlichen Voraussetzungen des Studiums verschließen. Diese sind aber gar nicht so, daß jeder Student per se ein kritisches Verhältnis zur bestehenden Herrschaft entwickeln würde; auch der Staatsanwalt Weidner und der Richter Orlet sind einmal Jurastudenten und wahrscheinlich keine untypischen gewesen. Vielmehr ist die der Universität zugewiesene soziale Rolle ja die, zu Berufen auszubilden, die den Bestand und die Reproduktion der bestehenden Herrschaft sichern. Dem entsprechen natürlich vielfach auch die Erwartungen der Studenten: das Studium wird als Chance begriffen, privilegierte Teilhabe an der Herrschaft und der Verteilung der Güter zu erlangen. Sozialer Aufstieg erfordert das Einverständnis mit der Herrschaft, seine Bedingung ist die herrschaftskonforme Leistung.

Der Streik gegen das Ordnungsrecht, die Abschaffung des AStA und die Reglementierung des Studiums ist aber eine Kampfmaßnahme gegen eben diese Herrschaft. Deshalb waren die bewußten Reaktionäre unter den Studenten von Anfang an gegen den Streik, haben allerdings ihre Gegnerschaft nicht offen zu artikulieren gewagt, weil sie nicht hoffen konnten, die Maßnahmen der Landesregierung verteidigen zu können.
Eine andere Gruppe der jetzigen Streikgegner dürfte aus solchen Studenten bestehen, die sich normalerweise herrschaftskonform orientieren ohne daß sie dies zu ihrer bewußten politischen Haltung machen. Wenn diese Studenten den Streik anfangs nicht widersprochen oder ihn sogar gebilligt haben, so hieß das, das die Maßnahmen der Herrschaftsseite als unmoralisch empfunden wurden: die dadurch aufgeworfenen beunruhigenden Identifikationsprobleme mußten aufgehoben, die Welt wieder in Ordnung gebracht werden. Der Streik wurde nicht als Kampf gegen die Herrschaft, sondern als für diese stellvertretend vollzogenes Reinigungsritual empfunden, er war die Bußzeit für die Sünden der Väter. Das Ordnungsrecht sollte im Streik nicht beseitigt, sondern verdrängt werden.

VOLLVERSAMMLUNG PHILOSOPHISCHE FAKULTÄT | MONTAG 20 h Neue Aula

→ S.2

! ARBEITSKONFERENZ AB DIENSTAG, DEM 15.7.69 14:00 UHR HÖRSAAL 13 !

Als Katalysator der Reidentifikation mit der Herrschaft tritt die HDSU auf. Ihre Behauptung, der Streik sei von denjenigen, die aktiv streiken, "umfunktioniert" worden, ist nicht bloß irre, sondern hat schon ihren Sinn als Rationalisierung des Reinigungsrituals. Diejenigen, die als Agenten der Herrschenden in der Universität auftreten, verlassen sich auf die Wirksamkeit des Zwangs zur Anpassung, der unbewußten Ängste, der erlösenden Ressentiments und der sprachlosen Entscheidungen. Tatsächlich ist die Arbeit der Aufklärung nicht nur nicht ihr Geschäft, sondern ein für sie tödliches Geschäft: Würde sie ihre Entscheidungen diskutieren, würde unvermeidlich klar, daß die Mehrheiten, die sie unter bestimmten Bedingungen ad hoc findet, kein homogener Block sind, würden die Widersprüche zwischen den bewußten Reaktionären und denjenigen, deren irritiertes Verhältnis zur Herrschaft durch das Gefühl der Stärke zurechtgerückt werden soll, hervortreten. Verhindert die HDSU die Diskussion von Entscheidungen, so bietet sie einen hervorragenden Anschauungsunterricht über die Natur ihrer Präsenz in der Universität: ebenso wie ihre großen Brüder in den Regierungen setzt sie sprachlose Abstimmungen zur formalen Sanktion bloßer Macht ein. Damit wird sie bisweilen Einzelentscheidungen treffen, aber keine kontinuierliche politische Arbeit leisten können; das ist auch nicht ihre Aufgabe; diese ist vielmehr, in bestimmten Momenten staatlichen Maßnahmen Flankenschutz in der Universität zu gewähren.
Die Rechten in der Universität bekämpfen wir also am besten dadurch, daß wir den Kampf gegen die Terrormaßnahmen der Herrschaftsseite konsequent fortführen. Am Dienstag, dem 15.7., und am Freitag, dem 18.7., finden die beiden abschließenden Lesungen im Landtag statt. Wir sollten daher auf der Vollversammlung der Phil. Fak. heute, Montagabend, vorschlagen, den Streik in dieser Woche unter Berücksichtigung dieser beiden Termine zu führen. Die Kommilitonen der Phil Fak, hätten dabei vor allem die Aufgabe, an den beiden Tagen der Lesung die Diskussionen in den Fakultäten wieder mitaufzunehmen, die den Streik unterbrochen haben. Dabei müßten vor allem die Perspektiven für das nächste Semester im Vordergrund stehen und die Frage der Organisation nach der Zerschlagung der ASten ausgiebig behandelt werden. Die Auflösung der Studentenschaft beantworten wir mit einer Gebührenverweigerungskampagne, die jetzt eingeleitet werden muß. Wenn über 2000 Kommilitonen sich in der Urabstimmung bereit erklärt haben, die Studiengebühren zu verweigern, so ist das eine hervorragende Basis: 2000 Leute können nicht auf einen Schlag relegiert werden.

Am Dienstag und Mittwoch werden die Arbeits- und Projektgruppen, die den aktiven Streik an den baden-württembergischen Hochschulen getragen haben, in Heidelberg zu einer Arbeitskonferenz zusammentreffen.
BETEILIGT EUCH AN DER ARBEITSKONFERENZ - SIE BEGINNT MIT EINEM TEACH-IN AM DIENSTAG, 14 h, HS 13.

Juniorpartner der Reaktion

> "Die dem Menschen der industriellen Massengesellschaft adäquate Herrschafts- und Lebensform ist die autonom-legitimierte, heterogen-strukturierte, pluralistisch-organisierte und rechtsstaatlich-garantierte Repräsentativdemokratie." (Grundsatzerklärung der HDSU)

Im WS 67/68 wurde in Heidelberg eine Aktionsgemeinschaft Demokratischer Studenten, ADS, gegründet, die sich als "progressive Mitte" zur "demokratischen Alternative" anbot und bald natürlicherweise wieder einging.

Die jetzt gegründete HDSU hat mit der ehemaligen ADS nicht allein einige Mitglieder gemeinsam, oder etwa die Tatsache, daß sich wiederum hinter dem Etikett einer Hochschulgruppe einige Burschenschaftler verbergen, die dies schamhaft und satzungswidrig bei ihrer Kandidatur zum StP verschwiegen, sie tritt auch mit dem gleichen Gerede von der "progressiven Mitte" auf und wird wohl auch nicht viel länger als die ADS in Erscheinung treten.

Das am häufigsten wiederkehrende Stereotyp dieser "Mitten" ist das vom Kampf gegen den "Extremismus von links und rechts". So gilt der HDSU die "über die linksradikalen Gruppierungen gewonnene Erkenntnis ebenso für das rechte Extrem NHB". Dabei stört es nicht, daß der NHB an dieser Universität nicht zufällig fast gar keine Rolle spielt, der Kampf gegen die Nationaldemokraten ist bloßes Etikett, das ein Alibi schaffen soll für den Kampf gegen die demokratische Linke.

Und allerdings flößte das Auftreten der HDSU dem in die Ritterstuben und anderen Löchern vertriebenen NHB neuen Mut ein. Flugblatt des NHB vom 10.7.:

NATIONALDEMOKRATISCHER HOCHSCHULBUND (NHB)
(69) Heidelberg 1
Jägerpfad 14 10. Juli 69

WAHLEMPFEHLUNG des NHB

Kommilitoninnen und Kommilitonen!

Die Lage an unserer Universität ist heute gekennzeichnet durch zunehmende Solidarisierung eines Großteils auch der unpolitischen Studenten mit den Forderungen der extremen Linken. Schuld daran trägt in erster Linie die großartige Hochschulpolitik der Herren Filbinger & Co. Wenn nicht alle Zeichen trügen, stehen wir vor dem bisher größten Wahlerfolg des SDS.

Die Situation erfordert daher das Zusammenwirken aller freiheitlich-demokratischen Kräfte in einem großen konservativen Block. Der geeignete Ansatzpunkt hierfür ist gegenwärtig allein die Heidelberger Demokratische Studentenunion (HDSU). Zudem stimmt ihre hochschulpolitische Konzeption in den wesentlichen Grundzügen überein mit den Vorstellungen des NHB. (Vgl. HDSU Arbeitsblätter Nr. 2 und das NHB-Programm "Leistungsuniversität und offene Gesellschaft")

Wir empfehlen daher für die Wahl zum Studentenparlament:

Wählen Sie konservativ!

Wählen Sie Kandidaten der HDSU!

Verantwortlich: stud. phil. Tilmann Leidig

Nun rächt es sich, daß man das NHB-Programm nicht gelesen hat. Die HDSU tut sich furchtbar schwer mit ihren angestammten Freunden. Da das Stereotyp vom Rechts-Links-Extremismus nicht mehr so ganz passt, vollführt sie in ihrer Stellungnahme die hübschesten Purzelbäume: einmal wolle der NHB sich an die HDSU anhängen, weil er sonst keine Basis habe, zum anderen sei ihm die HDSU schier unerträglich, da sie den Linksradikalismus zurückdränge und somit dem Rechtsradikalismus seinen Katalysator nähme. Die bierernste Biederkeit nationaldemokratischer Provenienz muß schließlich zur schizophrenen Gerissenheit gemacht werden, will man das einmal gewonnene Argumentationsstereotyp wirklich durchhalten.

Dieses qualvolle Verhältnis zu den Rechtsradikalen teilen die progressiven Mittelmäßigen mit den maßgeblichen Herren der Bonner Parteien. Nicht daß die NPD so furchtbar rassistisch und rechtsradikal sei, stört sie, sondern daß sie, wenn sie das Gleiche sagt, der herrschenden Ideologie den richtigen Stempel aufdrückt, den faschistischen. Die NPD kompromittiert mit ihrem reformistischen und "demokratischen" Programm die Ideologie der "freiheitlich-demokratischen Grundordnung", sie kompromittiert diese Gesellschaft, die eben eine potentiell faschistische ist, die herrschende bürgerliche Klasse; und das ist so unangenehm. Denn tatsächlich unterscheiden sich die proklamierten Ziele der NPD nicht allzu sehr von denen der CDU/CSU oder gar in Teilen von denen der SPD. Der NHB als intellektueller Ableger liefert dazu, wie etwa der RCDS, wie etwa die HDSU, die aufdemokratisierte Variante.
Die Proklamierung der Reform selbst ist zur beliebtesten Attitüde der Reaktionäre geworden, in der sich alle von Kiesinger bis Dahrendorf gefallen. Den Stuttgarter Kultushelden blieb es vorbehalten, dies Reformgerede zu füllen: Filbinger: Das Ordnungsrecht ist Bestandteil der Hochschulreform.
In einer Zeit der ökonomischen Notwendigkeit permanenten technologischen Fortschritts, das was sonst "schnellebige Zeit", bei der SPD "die Welt ist in Bewegung geraten", bei der HDSU "gesellschaftliche Unruhe" heißt, ist die ideologische Position eines bloßen Konservatismus allerdings überholt. Die "Reform" dient folgerichtig zur Erhaltung und Festigung der Herrschaftsverhältnisse, d.h. zur Angleichung der herrschenden Ideologie und der Abhängigkeitsverhältnisse an die Erfordernisse der Produktion. Dann allerdings wird die Beseitigung von Widerständen, etwa der sozialistischen Studentenbewegung, zum integralen Bestandteil der technokratischen Hochschulreform. Dabei geht man zweistrangig vor: auf der einen Seite Abschaffung der ASten und Disziplinierung der Opposition durch Ordnungsrecht, auf der anderen Seite Unterstützung der ersten Ansätze zu einer neuen Staatsjugend. Die neugegründete ADS als Gegenorganisation zum VDS, die HTS in Tübingen, oder überregional die DSU, die Laepple-Gründung, die eigentlich nur in Köln besteht (und dort gerade den AStA verloren hat), die jetzt versucht Filialen zu gründen (HDSU-Boss-Schroeder hat das Startkapital aus Berlin mitgebracht), sind Beispiele dafür.

"Überall in der Welt wächst die gesellschaftliche Unruhe", meint die HDSU, nicht etwa wegen der Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse, sondern vielmehr, weil wir mit unserem Bewußtsein dem technologischen Fortschritt nicht so recht hinterherkommen, d. h. die herrschende Ideologie ist veraltet, wir brauchen eine neue.

Allerdings gerät die "Mitte" in bedenkliche Widersprüche, weil sie zwar auf der einen Seite die Anpassung an die Erfordernisse der kapitalistischen Produktion propagieren muß, ("Die BRD kann weder in ihren Bildungsinvestitionen noch in ihren Studentenzahlen mit vergleichbar hochindustrialisierten Ländern konkurrieren. Dieser Zustand wird kurz oder lang zum wirtschaftlichen Niedergang führen...", HDSU-Programm, Heft 2) zum anderen aber doch ihre Privilegien als bürgerliche Intellektuelle retten will. Da geht es dann um die "gerechte Verteilung der Aufstiegsmöglichkeiten" innerhalb eines "Systems des sozialen Aufstiegs durch Leistung". (Das steht übrigens im HGP schon genauer) Fragt sich nur wer unten bleibt. Tatsächlich bieten sich den Intellektuellen heute vervielfältigte Abstiegsmöglichkeiten. Der "progressiven Mitte" geht es um die "individuelle Wertverwirklichung des Menschen", die doch nur seine wirkliche Verwertung ist, und um die "Freiheit und Autonomie des Individuums". Das dies eine elitäre Ideologie des immer schon Privilegierten beinhaltet zeigt sich sehr schön am Glaubensbekanntnis der HDSU (siehe obiges Motto).
"Die dem Menschen der industriellen Massengesellschaft adäquate Herrschafts- (!) und Lebens (!) form ist eine Repräsentativdemokratie, die autonom-legitimiert, d.h. sie ist als solche schon immer demokratisch, heterogen-strukturiert, d.h. die einen produzieren und die anderen machen die Profite, pluralistisch-organisiert, d.h. die tatsächlichen Herrschaftskonflikte werden verdrängt, es geht nur noch um Führungskonflikte, um den Interessenausgleich zwischen den herrschenden Cliquen selbst, rechtsstaatlich-garantiert, d.h. Schutz des Privateigentums an Produktionsmitteln (z.B. Springer), Garantie der Ausbeutung, Klassenjustiz, Ordnungsrecht, Vorbeugehaft, Polizeiknüppel, "ist".

Dies ist zwar eine den Herrschenden angemessene Herrschaftsform, aber die "Repräsentativdemokratie" zur "Lebensform" zu deklarieren, als könnte man sein Leben delegieren, ist schon ein Witz. Richtig ist, daß die Kapitalisten so herrschen wollen, aber die HDSU täuscht sich, wenn sie meint, daß die Lohnabhängigen so leben wollen.

Bei einem so gearteten Demokratieverständnis muß man sich nicht wundern, wenn das "demokratische Verhalten" dementsprechend aussieht. In der Juristenvollversammlung haben die Rechten gezeigt, wie es zugeht, wenn sie mal zufällig die Mehrheit haben. Eine Diskussion kam gar nicht erst zustande, es wurde sofortige Abstimmung verlangt und durchgesetz. Und der ganze Haufen polterte sofort wieder hinaus, nachdem man den rechten Arm gehoben hatte. Die HDSU propagierte den Streik und sammelte Unterschriften, tat aber nichts dafür, den Streik nun auch tatsächlich durchzuführen.

Adressaten ihrer Politik sind nicht die Studenten, sondern die Herrschenden, denen man so gern als "legitimierter" Vertreter gegenübertreten möchte (so erfuhr man zuerst von der beabsichtigten Gründung der HDSU bei einem Gespräch der berüchtigten AHB mit "Studentenvertretern"). Die Studenten selbst und deren Abstimmungen werden im Dienste dieser Selbstvertretung instrumentalisiert. Da den progressiven Mittlern die Arbeit an der Basis nur die Arbeit an der Basis ihrer Karriere ist, werden sie bei dieser Arbeit auch allein bleiben, oder höchstens noch sich eine Weile am Leben halten können durch die Verhätschelung der Herrschenden. Wenn sie sich als "progressive Mitte" bezeichnen, kann das nur heißen: sie sitzen mitten unter ihnen. Was sie als Fortschritt erstreben, ist der Fortschritt der Unterdrückung der Abhängigen.

RECHTSHILFEFONDS VOLKSBANK KONTO NR: 9980 !!!!